

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

15.2.1927 (No. 38)

Expedition:  
 Karlsruher-  
 Straße Nr. 14  
 Fernsprecher:  
 Nr. 963  
 und 954  
 Postkontokonto  
 Karlsruhe  
 Nr. 9615

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich  
 für den  
 redaktionellen  
 Teil  
 und den  
 Staatsanzeiger:  
 C. K. Mend,  
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, bei als Kassenzahlung gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Anzeigenerhebung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeigenerhebende keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Der englisch-russische Gegensatz

Von August Albert

Unter den Gründen, welche Rußland zum Kriege gegen den Bund der Zentralmächte getrieben haben, war die Hoffnung, einen Zugang zum freien Meere zu erhalten, nicht der letzte. Schon lange vor 1914 äüßerten russische Politiker und Wirtschaftler, daß Rußland in dem Maße, wie seine wirtschaftliche Entwicklung fortschreite, gezwungen sei, sich einen Ausgang zum eisfreien Meere zu erkämpfen. Und in der Tat, wer Rußlands Lage betrachtet, der wird zugeben müssen, daß dieser Anspruch eine volle Berechtigung hat. Die gewaltigen Getreide- und Kohlengebiete des russischen Niesenreiches sind an einer gefunden Entwicklung und an Absatzmöglichkeiten gehindert, weil der Zugang zum Meere fehlt. Das gleiche gilt von den übrigen ungeheuren Naturerschätzen des Landes. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die gesamte politische und kulturelle Entwicklung des Landes einen andern Gang genommen hätte, wenn ihm, wie andern großen Nationen das Meer offen gestanden hätte. Auch weltpolitisch hätte sich eine solche Tatsache geltend gemacht.

Wir können das Streben Rußlands nach einem Zugang zum Meere im Laufe seiner Geschichte genau verfolgen. Auch der so unglücklich ausgegangene russisch-japanische Krieg galt dem gleichen Ziel. Wenn wir heute die immer mehr zutage tretende Gegnerschaft zwischen England und Rußland verfolgen, so ist un schwer festzustellen, daß auch hier für Rußland die Frage des Zuganges zum Meere, eine entscheidende Rolle spielt. England beherrscht die Küsten Asiens, durchkreuzt den Ozean, Rußland ist auf den Landweg angewiesen. In maritimer Hinsicht hat sich die Lage Rußlands unter tätiger Mitwirkung Englands noch verschlechtert, denn die Erhaltung der Randstaaten im Norden und der türkischen Macht im Süden ist auf England in der Hauptsache zurückzuführen.

Betrachtet man den englisch-russischen Gegensatz im Osten von diesem Gesichtspunkt aus, so gewinnt er ein eigenes Gesicht. Der Kampf um die Vorherrschaft in China, der sich vor unseren Augen abspielt, ist gleichzeitig ein Kampf Rußlands um den Zugang zum Meere. Hand in Hand damit geht naturgemäß der Kampf gegen die englische Vormachtstellung im fernen Osten überhaupt. Zweifellos ist Rußland dabei im Vorteil, denn als unmittelbarer Nachbar Chinas kann es immerhin einen für England nachteiligen Einfluß auf die Bewegung in China ausüben. Daß keine Gelegenheit veräußt wird, das zu tun, dafür liefert die Geschichte der letzten Monate eine Fülle von Beweisen. Es ist den klugen Politikern in Moskau viel weniger um die Verbreitung der bolschewistischen Idee zu tun — natürlich wird auch hier nach Möglichkeit, wenn auch mit relativ geringen Erfolgen gearbeitet — als um die systematische Aufwiegelung Chinas gegen England. Erst kürzlich wurde in diesem Blatte (Nr. 8 v. 11. Januar) dargetan, welche Rolle als russischer Emissär dabei der General Michael Markowitsch Worodin spielt. Worodin, der bis zum Tode Sunyatzens (1925) dessen intimer Freund war, ist jetzt einer der maßgebenden Berater der südchinesischen Regierung. Wie ich in Nr. 15 der „Karlsruher Zeitung“ ausführte, geht er äußerst vorsichtig aber auch sehr geschickt vor. Da der Bolschewismus — was Worodin selbst zugibt — in China vorläufig keine Aussichten hat, weil die „Chinesen dafür noch nicht reif“ sind, so tritt Rußland als der wohlwollende „Freund“ Chinas auf, in der auf weite Sicht berechneten Erwartung, eines Tages die Früchte dieser Politik zu ernten und mit dem ausgesprochenen Gegenwartsziel, England zu treffen.

Und England? Es sieht dem Russen in Ostasien machtlos gegenüber. Es sieht die Wunde an seinem Machtkörper immer größer werden und ist zu wirksamer Abwehr in Ostasien selbst gar nicht in der Lage. Wenn die Aussicht bestünde, die Lage mit Waffengewalt zu meistern, so hätte John Bull schon längst mit brutaler Faust dreingeschlagen — aber dann drohen internationale Verwicklungen folgenreichster Art. Japans und Amerikas Haltung ist keineswegs eindeutig. Das

Problem, das mit dem Wort „Kampf um die Herrschaft im Stillen Ozean“ gekennzeichnet wird, taucht in diesem Zusammenhang in seiner ganzen Bedrohlichkeit auf. Unter diesen Umständen wird für England die Frage einer unmittelbaren Beeinflussung Rußlands immer brennender. Alter Praxis folgend sieht es sich nach Bundesgenossen auf dem Kontinent um, die ihm in entscheidenden Moment beistimmen können. Deutschland kommt dabei nicht in Frage, denn es besteht der deutsch-russische Vertrag, der Deutschland hindern würde, England gegen Rußland hin Dienste zu erweisen. Man versteht jetzt deutlicher die Ende Dezember im Manchester Guardian ergangene und in der Presse nur wenig beachtete Einladung an Deutschland zur Errichtung eines westeuropäischen Staatensystems. In Rumänien ringt der englische Einfluß mit dem italienischen, der Ausgang ist noch unsicher. Die Randstaaten im Norden Rußlands wären keine vollwertigen Bundesgenossen; sie sind zu schwach. Bleibt Polen, an dem England ein wachsendes Interesse aus dem englisch-russischen Gegensatz herausgewinnen muß. Ein gestärktes Polen, dem man im Konfliktsfalle Kompensationen nach Osten hin anbieten könnte, wäre im Rahmen der englischen Politik ein nicht zu unterschätzender Bundesgenosse. Überlegt man dieses, so wird klarer, warum in England die Opposition gegen die Regulierung der deutsch-polnischen Grenzfragen im Westen begriffen ist. Aus den gleichen Zielen entspringt das immer deutlicher in die Erscheinung tretende Streben Englands auf Wiederherstellung der alten polnisch-litauischen Union, die von 1577 bis 1795 gedauert hat. Durch den Anschluß Litauens an Polen würden Englands russenfeindliche Pläne eine erhebliche Förderung erfahren. Daber versteht man auch, warum der englische Gesandte für die Randstaaten, Sir Vaughan, den Litauern angeboten hat ihre trostlosen Finanzen zu sanieren, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie sich mit Polen vertragen. Eine polnisch-litauische Verständigung würde aber auch Deutschland in einschneidender Weise berühren.

Es ist notwendig, die weitere Entwicklung von diesem Gesichtspunkte aus zu betrachten. Der englisch-russische Gegensatz im fernen Osten wirkt sich so auch auf die europäische und deutsche Politik mittelbar aus und verdient stärkste Beachtung. Das meerbeherrschende England gegen das meererstrebende Rußland, ein Gegensatz der unüberbrückbar erscheint und hinter dem internationale Probleme von geradezu gigantischer Größe sich auf-tun!

Über die Persönlichkeit Worodins, des größten Widersachers Englands in China sei noch folgendes mitgeteilt:

Worodin steht seit dem Jahre 1923 im Dienste der nationalen chinesischen Bewegung. Er ist nach China gekommen, nachdem er in England ausgewiesen worden war. Kraffin hatte ihn seinerzeit mitgebracht, als es sich um die Verhandlungen über einen englisch-russischen Vertrag handelte. Die englische Geheimpolizei stellte jedoch fest, daß Worodin unter dem Namen George Brown, Jacob Worodin und Michael Grauberg unter den englischen Grubenarbeitern bolschewistische Propaganda trieb. Deshalb wurde er in Kaschow zu 6 Monaten Gefängnis und zur Landesverweisung verurteilt. Kraffin vermittelte es durchzusetzen, daß Worodin die Freiheitsstrafe erlassen wurde, während es bei der Landesverweisung blieb. Worodin lehrte nach Rußland zurück, von wo er dann 1923 sich im Auftrage Moskaus nach China begab.

Dort gewann er das Vertrauen des „Vaters der Republik“, Sun Yat-sens, der seinen Anhänger kurz vor seinem Tode empfahl, Worodins Weisungen zu folgen, als ob es seine eigenen seien. Das ist im Laufe der Jahre nicht immer geschehen, denn als General Chiang Kai-shek den Einbruch gemacht, daß Worodins radikaler Einfluß in der Kuomintang zu groß wurde, ist er für einige Zeit kaltgestellt worden, womit gleichzeitig auch die bolschewistische Tätigkeit in der Partei unterbunden wurde.

Heute steht Worodin wieder an der Spitze der Bewegung, die sich gegen die Vertragsmächte, in 1. Linie gegen England wendet. Trotzdem ist er darauf bedacht, die Massen immer so weit im Jaune zu halten, daß es nicht zu Zwischenfällen kommt, durch welche die Vertragsmächte gezwungen werden könnten mit bewaffneter Hand einzugreifen.

So soll er es auch im Juni 1925 gewesen sein, der nach dem Blutvergießen in der Shameenstraße, als die Massen die Fremdenniederlassung stürmen wollten, allein einen kühlen Kopf behalten und die Menge rechtzeitig auf die Folgen aufmerksam gemacht hat, die daraus entziehen könnten.

Die Beschuldigung, daß Worodin auf die Bolschewisierung Chinas hinarbeite, weist er unter dem Einwand zurück, daß China für den Bolschewismus nicht reif sei und ein darauf hinanzugehender Versuch scheitern würde. Er sagt im Gegenteil eine künftige Entwicklung des chinesischen Reiches nach der industriellen und kapitalistischen Richtung der westlichen Länder voraus.

### England und China

Wie Reuters meldet, ist zwischen dem Außenminister Süchinas, Tschin, und dem britischen Unterhändler D'Rosley bisher ein Abkommen nicht erzielt worden. Die Verhandlungen zwischen dem Vertreter der britischen Regierung und Kanton scheinen vollständig abgebrochen worden zu sein.

Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel es würde verkehrt sein, etwas tragisch zu nehmen, was letzten Endes nur ein Zwischenfall in der langsamen und mühseligen Entwicklung eines außerordentlich schwierigen Problems sei. Es sei klar, daß China noch für lange Zeit die größte Aufmerksamkeit Englands beanspruchen werde.

Zum erstenmal seit dem Vorkaufstand sind europäische Truppen am Montag in Schanghai gelandet worden. Zwei englische Regimenter zogen mit Musik und Fahnen durch die Hauptstraßen. Der Marsch, der über eine Strecke von insgesamt fünf Meilen Länge zu den vorgesehenen Quartieren ging, hatte riesige Menschenmassen angezogen. Zwischenfälle sind, wie Reuters meldet, nicht vorgekommen.

### China und der Völkerbund

Der chinesische Vertreter im Völkerbundrat, Botschafter Schu, hat an die Presse eine Erklärung gegeben, in welcher er sich zu der Entsendung der britischen Truppen nach Schanghai äußert, ohne zu dem Expose der englischen Regierung an den Völkerbund Stellung zu nehmen.

Botschafter Schu bezeichnet die englischen Truppenentsendungen nach Schanghai als eine Maßnahme, welche die Welt in die Zeit von 1914 zurückwerfe, und die die größte Gefahr für den Frieden bedeute. Die Chinesen werden sich den englischen Waffen niemals unterwerfen und auch den Vorkauf gegen England weiter führen. China verlange volle Gleichberechtigung, wobei sich Schu auch auf die Erklärungen von Wadonaid und Lord George bezieht. Bis jetzt sei China in der Art behandelt worden, wie man kleine Völker durch Stützpunkte zu bestrafen suche. Damit könne aber das Problem nicht gelöst werden. Zum Schluß führt Botschafter Schu folgenden auf: Mancherlei Anregungen gegenüber, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen, wird von anderen die Auffassung vertreten, daß der Völkerbund zu ihrer Behandlung nicht kompetent sei; ebenso wird die Frage meiner Kompetenz zur Vertretung Chinas im Völkerbund aufgeworfen. Auf diese Frage antwortete ich, daß ich im Völkerbund ganz China vertritt, also 400 Millionen Chinesen, jung und alt. Der Norden und der Süden stehen hinter mir. Trotz unserer internen politischen Streitigkeiten sind alle Chinesen praktisch eins in der Bewertung der außenpolitischen Probleme bezüglich unserer Unabhängigkeit und des Status quo.

### Der endgültige Reichswirtschaftsrat

Der Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beendet seine Beratungen über die Gesetzentwürfe betr. den endgültigen Reichswirtschaftsrat. In fast allen wichtigen Fragen ist trotz anfänglich vorhandener Gegenläufe eine Verständigung erzielt worden. Der Reichswirtschaftsrat schlägt vor, soweit nicht innerhalb der vorhandenen öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen das Zusammenwirken von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sichergestellt wird, neben und in Verbindung mit ihnen öffentlich-rechtliche Organe vorzusehen, in denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter die gemeinsamen Fragen auf Grund gemeinsamer Beratung vom fachlich regionalen Standpunkt behandeln.

Im übrigen folgte der Ausschuß im großen und ganzen den Grundgedanken des aus den früheren Beschlüssen des Verfassungsausschusses aufgebauten Regierungsentwurfes. Insbesondere ist es dabei verblieben, daß der Reichswirtschaftsrat wie bisher oberstes Gutachterorgan bleiben und keine legislativen Rechte erhalten soll. An der Arbeitgeberabteilung sollen erhalten die Landwirtschaft 12 Vertreter, die Industrie 12, das Handwerk 6, der Handel 7, die Banken und das Privatversicherungswesen zusammen 5, der Verkehr und die Fischerei zusammen 6 Vertreter. Die gleiche Gesamtzahl hat die Arbeitnehmerabteilung. In der Abteilung III erscheinen die Kommunalvertreter mit 10, die öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Kreditanstalten mit zusammen 8, die Konsumgenossenschaften und Hausfrauen mit zusammen 5, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften mit zusammen 4, die Tagespresse mit 2, die Vertreter der Beamten-schaft mit 2, die freien Berufe mit drei Mitgliedern. Vom Reichsrat waren neun, von der Reichsregierung ebenfalls neun Mitglieder und außerdem ein Vertreter des Auslandsdeutschtums vorgesehen; zusammen 144.

Nachdem der Verfassungsausschuß nunmehr seine Arbeiten beendet hat, werden die Entwürfe voraussichtlich demnächst dem Reichsrat und sodann dem Reichstag zugehen.

Der Branntweinverbrauch in Deutschland. Im deutschen Reichsgebiet waren am 30. September 1926 insgesamt 58 523 Brennereien vorhanden. Die Branntweinerzeugung hat sich von 1,5 Millionen im Jahre 1923/24 auf 1,8 Millionen Hektoliter Weingeist 1924/25 gesteigert. Die Zunahme erklärt sich vor allem daraus, daß die im Interesse der Ernährungswirtschaft vorgenommenen Beschränkungen in der Verwendung der Rohstoffe im Laufe des Betriebsjahres aufgehoben wurden. Der Verbrauch an Trinkbranntwein betrug 1924/25 rund 1 Liter Weingeist pro Kopf der deutschen Bevölkerung.

Mit der Beilage: 14. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Die Tacna-Urica-Frage

Perus Ablehnung des Kellogg'schen Vorschlages, die augenblicklich übrigens in chilenischen Händen befindlichen Provinzen Tacna und Urica gegen angemessene Entschädigung an Bolivien abzutreten, — wie aus der chilenischen Hauptstadt berichtet wird — in Bolivien und in Chile große Bestürzung hervorgerufen und die Lage zwischen den drei Staaten wesentlich verschärft.

Aber auch in Peru ist man durch den Schlichtungsvorschlag des amerikanischen Außensekretärs stark enttäuscht worden. Dort steht man auf dem Standpunkte, daß die Provinzen rechtmäßiger Besitz Perus sind und man lehnt es entrüstet ab, aus einer Überlassung des Gebietes an Bolivien ein Geschäft zu machen, bei dem Chile nicht nur nichts verliere, sondern noch wirtschaftliche Vorteile von Bolivien erkaufen würde.

Da nach peruanischer Auffassung die Haltung Chiles den Volkswirtschaft über die künftige politische Stellung des strittigen Gebietes unmöglich gemacht hatte, war in Peru als sicher angenommen worden, daß der amerikanische Schiedspruch nunmehr zu Gunsten Perus ausfallen und eine Rückgabe der Provinzen durch Chile an Peru erfolgen würde.

Der Vorschlag, das Gebiet Bolivien zu überlassen, wird deshalb als doppelt kränkend empfunden, umso mehr, als er schon bei früheren Verhandlungen von Peru abgelehnt worden war und dieses sich bereit erklärt hatte, Bolivien, das keinen Zugang zum Meere hat, einen Platz für die Anlage eines Hafens jedoch nicht die Städte Tacna und Urica oder den Hafen Morro zu überlassen.

Nach diesen Erklärungen ist man in Chile überzeugt, daß die ganze Frage aufgehört habe, nur eine Angelegenheit der direkt beteiligten Länder zu sein, daß vielmehr die Haltung der peruanischen Regierung geeignet sei, die Ruhe von ganz Südamerika zu stören, und „La Racion“ gab der Überzeugung Ausdruck, daß der peruanische Präsident Leguia die Wiedereroberung dieses Gebietes vorbereite. Der gleichen Ansicht ist „El Mercurio“, der die Ablehnung Perus auf ehregeizige Pläne Leguia's zurückführt, da dieser dem Volke versprochen habe, daß die Provinzen an Peru zurückgelangen sollten.

Die öffentliche Meinung Boliviens stimmt mit diesen Ausführungen überein und beschuldigt Leguia, daß er seine persönlichen Interessen über die seines Landes stelle.

Wenn der Kriegsbefürchtungen auch übertrieben sein mögen, so ist doch vorauszusetzen, daß die Beziehungen zwischen Peru und seinen beiden Nachbarstaaten in der nächsten Zukunft nicht besonders freundliche sein werden und daß es schwer sein wird, über den toten Punkt, auf dem man nunmehr angelangt ist, hinwegzukommen, da von amerikanischer Seite kaum ein neuer Schlichtungsversuch zu erwarten ist.

### Politische Neuigkeiten

#### Gewerkschaften und Kartelle

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben an die Reichsregierung, den Reichstag und den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe zur Kartell- und Monopolfrage gerichtet, in der es u. a. heißt:

Die Zusammenschlüsse in Industrie und Handel, die in Form von Kartellen und ähnlichen Vereinbarungen oder durch Zusammenfassung in trustartigen Gebilden eine monopolistische Beherrschung des Marktes erstreben, nehmen an Umfang und Bedeutung ständig zu. Die bisherige Gesetzgebung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen hat sich als unzureichend erwiesen. Die Gewerkschaften fordern daher eine verstärkte Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Wirtschaftsführung. Dementsprechend müssen in allen Organisationen vorgenannter Art Vertreter der Arbeitnehmerschaft in die Geschäftsleitung aufgenommen werden. Diesen Vertretern sollen die gleichen Rechte zugestanden werden, wie den anderen Mitgliedern der Geschäftsführung. Die Gewerkschaften fordern ferner eine Kontrollgesetzgebung auf folgender Grundlage: Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle und ähnliche Unternehmerorganisationen. Dieses Kontrollamt soll bestehen aus einer Anzahl wirtschaftlich geschulter Kräfte und aus einer paritätisch zusammengesetzten Vertretung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände, deren Mitglieder vom Reichswirtschaftsrat zu ernennen sind.

Rücktrittsgesuch des sächsischen Ministers des Innern. Wie die sächsische Staatskanzlei mitteilt, ist das Rücktrittsgesuch des Ministers des Innern, Dr. Dehme, nunmehr eingegangen. Die Entscheidung über dieses Gesuch ist jedoch erst in einigen Tagen zu erwarten.

### Bildende Kunst in Karlsruhe

Der Kunstverein hat diesmal seine Räume dem Karlsruher Künstlerbund zur Verfügung gestellt, der anlässlich der 10. Wiederkehr des 10. Todestages seines Ehrenmitglieds Gustav Schönleber eine Schönleber-Gedächtnisausstellung mit einer großen Parade seiner lebenden Mitglieder verbindet.

Schönlebers äußeres Leben gestaltete sich sehr einfach. In Bietighausen an der Enz geboren, anfangs zum Maschinenbauemittler bestimmt, kam er 1870 als 19jähriger nach München in die Schule Adolf von Hiers. Schon im nächsten Jahre folgte seine erste Studienreise nach Venedig, der sich im folgenden Jahrzehnt von München aus weitere Reisen nach Italien und Holland besonders anschlossen. Die erste große Anerkennung erhielt der Zweundzwanzigjährige 1878 auf der Wiener Weltausstellung in Form der goldenen Medaille. Weitere Auszeichnungen folgten, u. schon 1879 wurde Schönleber als Lehrer an die Karlsruher Kunstschule berufen. Hier blieb er bis zu seinem Tode am 1. Februar 1917: ein schneller Aufstieg zu äußerem Erfolg, ein langer, stetiger Höhenweg in angesehener Stellung.

Künstlerisch entspricht dem eine Entwicklung, die in wenigen Stufen von der Durchschnittskunst der siebziger Jahre zu einem persönlichen Stil führt, um dann diese Schönleber eigene Landschaftskunst durch ständige Verfeinerung vor allem farbiger Probleme auszubauen. In großen Zügen läßt die kleine Anzahl der ausgestellten Bilder und Studien diesen Entwicklungsengang erkennen. Den Anfang macht ein Bild von 1871, das etwas superlativisch als das „erste Bild des Künstlers“ bezeichnet ist: eine vermintelte Hofede in gelblich bräunlichen Tönen, sehr bestimmt in der Malerei, aber durchaus nichts besonderes im ganzen der damaligen offiziellen Landschaftsmalerei. Dann kommen ein paar Studien aus Venedig, feine, braungraue Kanalansichten, ganz leicht und luftig gemalt. Durch große Zurückhaltung in der Farbe ist eine sehr starke, einheitliche Stimmung erzielt. Und weiter, ein kleines Bild von 1878, die Schilde; hier wird die Farbe kräftiger, saftiger, um dann wieder feiner, ganz garten Tönen zu weichen. Am ansprechendsten sind die locker und flott hingeworfenen Studien die Wasser und Strand, Luft und Nebeln schildern. Die Mittel dazu hat Schönleber

### Ausstellung „Deutscher Rhein, deutscher Wein“

Im Zunthaus in Berlin fand Samstag abend die Eröffnung der Ausstellung „Deutscher Rhein, deutscher Wein“, verbunden mit einem Gesellschaftsabend des Reichsverbandes der Rheinländer und der Rheinischen Frauenliga in Verbindung mit dem Saarverein, dem Verein der Pfälzer und dem Verein der Pfälzer. An der Feier nahmen zahlreiche Ehrengäste aus allen Kreisen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden teil. Im Namen der Stadt Berlin begrüßte Oberbürgermeister Dr. Koch die Gäste aus dem Rheinland und verwies auf die Sympathie der Reichshauptstadt für die Rheinländer. Anstelle des verhinderten Reichskanzlers und des Ministers für die besetzten Gebiete sprach Staatssekretär Schmidt die Hoffnung aus, daß die Ausstellung über ihre enge Zweckbestimmung hinaus die menschlichen Beziehungen zwischen Berlin und den Rheinländern noch inniger gestalten werden. Er gedachte der unerschütterlichen Treue der rheinischen Bevölkerung. An weitere Begrüßungsreden und künstlerische Darbietungen schloß sich ein Ball.

### Der Fall Madhan

Die Amtliche Bremer Pressestelle veröffentlicht entgegen anders lautenden Behauptungen der Presse über den Fall Madhan eine Mitteilung, in der u. a. ausgeführt wird:

Nach den eigenen Angaben der Mutter des Mädchens entbehren die Angaben über die rohe Behandlung der Tochter bei der Polizei der tatsächlichen Unterlagen. Auch die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß die beteiligten Beamten einwandfrei gehandelt haben. Nach den amtlichen Untersuchungen liegt weder eine Vernachlässigung, noch ein Verschulden bei der ärztlichen Behandlung der Madhan im Krankenhaus vor. Die Kur wurde sorgfältig und individuell durchgeführt. Eine Nachprüfung durch auswärtige Autoritäten ist eingeleitet. Das Mädchen wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Mutter aus der Krankenanstalt entlassen und ist bald darauf im Hause der Eltern verstorben. Nicht das Buch hat Anlaß zum Einsprechen gegen die Mutter gegeben, sondern die Zeugenaussagen, die anlässlich der amtlichen Ermittlungen über die gegen die Behörden erhobenen Beschuldigungen gemacht wurden.

### Das Hygienekomitee des Völkerbundes

Die 9. Session des Hygienekomitees des Völkerbundes wurde am Montag nachmittag in Genf eröffnet. Es ist dies die erste Tagung des Komitees seit der Ernennung der neuen Mitglieder durch das Internationale Hygieneamt und den Völkerbundrat, die im Verlaufe des vergangenen Herbstes erfolgte. Dem Komitee gehören 16 Mitglieder an. Die Schweiz ist vertreten durch Dr. S. Carrière, Direktor des Eidgenössischen Gesundheitsamtes, Deutschland durch Dr. Koch, Direktor des Instituts für Tropenkrankheiten in Hamburg und Dr. von Dames vom Reichsgesundheitsamt. Als Vorsitzender wurde Prof. Madson-Dänemark, Direktor des Periotherapeutischen Instituts bestatigt und zu Vizepräsidenten Dr. Koch-Deutschland und Dr. Furumi-Japan gewählt. Sodann berichtigte das Komitee die Traktantenliste, welche u. a. umfaßt: Beratung des Budgets für 1928, Prüfung des Berichtes des Büros für den Seuchennachrichtendienst in Singapur, Studium des gegenwärtigen Standes der Grippeepidemie, sowie Behandlung des Gesuches der schwedischen Regierung um Abgabe eines Gutachtens über Artikel 8 der Opiumkonvention betr. gewisse Betäubungsmittel, die unter den Wirkungsbereich der Konvention gestellt werden sollen.

Zunahme der Spartatätigkeit. Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes haben die Spartatätigkeiten bei den Sparläsen im ganzen deutschen Reich im Dezember 1926 die 3 Milliarden-Grenze überschritten. Ende Dezember stellten sich die Spartatätigkeiten auf 3 090 515 000 gegen 2 857 259 000 RM. am Ende des Vormonats und gegen 1 620 139 000 RM. Ende Dezember 1925. Wenn aber auch die Zunahme der Spartatätigkeit in der letzten Zeit eine sehr erfreuliche zu nennen war, so reichen die Zahlen doch bei weitem noch nicht an die Friedensziffer heran.

Der Konflikt zwischen dem polnischen Sejm und der Regierung ist durch beiderseitiges Einlenken wieder beigelegt worden. Ohne wesentliche Änderung gegenüber der Fassung der zweiten Lesung wurde — nach einer Meldung aus Warschau — das Budget mit den Stimmen der Mittelparteien und der Bauernpartei angenommen. Damit hat der Landtag seine Budgettagung geschlossen.

Das englische Unterhaus lehnte am Montag einen Abänderungsantrag der Arbeiterpartei, der sich gegen das angekündigte Gewerkschaftsgesetz wandte, ab. Darauf wurde die Antwoztabelle auf die Thronrede angenommen.

### Die Ergebnisse der Viehzählung im Reich

Die am 1. Dezember 1926 im Deutschen Reich vorgenommene Viehzählung hat im Vergleich zu früheren Jahren folgendes Ergebnis:

In Mill.	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Federvieh
1913*)	3,8	18,5	5,0	22,5	3,2	71,9
1921	3,7	16,8	5,9	15,8	4,3	67,8
1922	3,7	16,3	5,6	14,7	4,1	65,2
1924	3,9	17,3	5,7	16,9	4,4	71,7
1925	3,9	17,2	4,8	16,2	3,8	71,5
1926	3,9	17,2	4,1	19,4	3,5	75,2

\*) Heutiges Gebiet ohne Saargebiet.

Schäht hat sich hiernach die Zahl der Schweine um 3,2 Mill. gegenüber 1925, sie bleibt aber noch rund 3 Mill. gegenüber 1918 zurück. Federvieh nahm um rund 4 Mill. gegen 1925 und 3,6 Mill. gegen 1913 zu. Von den Pferden entfällt der Hauptanteil, 58 Proz. auf fünfjährige und ältere Tiere (gegen 57 Proz. im Jahre 1913). Beim Rindvieh entfallen 58 Prozent (gegen 62 in 1913) auf zweijährige und ältere Tiere. 86 Proz. davon sind Milchfühe. Auch bei den Schafen entfällt der Hauptanteil mit 72 Prozent auf ein Jahr alte und ältere Tiere, dagegen sind von der Gesamtzahl der Schweine 63 Prozent unter einem halben Jahr alt, 26 von einem halben bis unter einem Jahr und älter. Bei den Ziegen sind 86 Prozent ein Jahr und älter. Von den 75,5 Mill. Cüdl Federvieh entfallen 67,8 Mill. auf Kühner, Söhne und Mägen ohne Trut- und Perlhühner, 5,5 Mill. auf Gänse und Mägen und 2,4 Mill. auf Enten und Kücken. Von den sich aus der Viehzählung des Reiches vom 1. Dezember 1926 ergebenden Ziffern entfallen auf Preußen (in Prozenten): Pferde 69, Rindvieh 56, Schafe 67, Schweine 68, Ziegen 58, Gänse 59, Enten 67 und Kücken 62.

Deutschlands Anleihen im Auslande Ende 1926. Ende 1926 beliefen sich die von deutscher öffentlicher und privater Seite im Ausland aufgenommenen Anleihen auf einen Nennwert von insgesamt 8871,6 Millionen RM., dem Regehungswert nach auf 3644,6 Millionen RM. Davon sind noch für die Dawesanleihe 85 Millionen RM. und für die übrigen Anleihen etwa 5 Proz. Provision, Kursverluste usw. abzugiehen, so daß nur annähernd 3400 Millionen RM. nach Deutschland geflossen sind, die aber zum Nennwert verzinst und abgetragen werden müssen. Der größte Teil der Anleihen wurde in New-York aufgenommen.

Zur Frage der deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien. Dem Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf ist von seiten des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien ein Appell in Sachen der Zulassung der Kinder in die Minderheitsschulen gegangen. Das Dokument ist an den Völkerbundrat gerichtet und wurde auch durch Vermittlung der polnischen Regierung zugestellt, die sich vorbehaltlich, ihre Bemerkungen zu dem Appell später vorzubringen. Die Frage wird auf die Tagesordnung der Beratungen des Völkerbundrates gesetzt werden.

Die Jungesellensteuer in Italien. Nach dem endgültigen Reglement über die Jungesellensteuer sind die ständig in Italien niedergelassenen Ausländer davon befreit, ebenso die katholischen Geistlichen und die durch das Gelübde zum Bistat verpflichtet Ordensbrüder, die Kriegsinvaliden, die Offiziere, deren Verheiratung von Bedingungen und Beschränkungen abhängt, und die Entmündigten. Die Steuer ist auf ein Viertel der Einkommensteuer und eine Mindestgebühr von 35 Lire für Ledige von 25—35 Jahren, 50 Lire für solche von 35—50 Jahren und 25 Lire für jene von 50—65 Jahren festgesetzt.

### Kurze Nachrichten

Schiedspruch in der sächsischen Metallindustrie. In dem Konflikt der sächsischen Metallindustrie wurde ein Schiedspruch gefällt, daß für jede Stunde, die über die 48-Stundenwoche hinausgeht, 10 Proz. Zuschlag zu zahlen sind. Die Arbeitgeber sind berechtigt, von Montag bis Freitag je eine Überstunde anzusetzen, ohne daß der Betriebsrat sein Einverständnis dazu geben muß. Für diese eine Überstunde sind ebenfalls 10 Proz. Zuschlag zu zahlen. Für Leipzig, wo die Aussperung bereits erfolgt ist, haben die Arbeitgeber den Schiedspruch angenommen. Die Arbeitnehmer müssen bis zum 16. d. M. ihre Erklärung abgeben, andernfalls wird die Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium beantragt werden. Der Schiedspruch, von dem die gesamte sächsische Metallindustrie mit rund 150 000 Arbeitern betroffen wird, hat bis zum 31. März 1928 Gültigkeit.

des umschrieben. Schon die nächste Generation, soweit sie nicht bedingungslos den Lehrern folgt, hat ein anderes Gesicht. Heimatskunst bedeutet die letzten Bilder Hans von Wolkmanns; heimatisch gebunden trotz aller inneren Erregtheit des Pinselstrichs ist noch Adolf Hildebrand. Die bairische Heimat lebt in allen diesen Arbeiten ebenso stark wie in den Werken des alten Schönleber, aber die Ausdrucksformen sind andere geworden. Eine hellere, klarere Malweise setzt sich bei den einen durch, während die anderen in eigenwilliger Pinselführung das Persönliche suchen. Feine Bilder, wie die weiß gemalte Landschaft von W. Gatz behaupten bei aller Zurückhaltung und Bescheidenheit ihren Platz neben aufdringlicheren, auf Theatereffekte gestellten Bildern anderer. Aus dem gleichmäßig temperierten Karlsruhe' Stil fallen eigentlich nur zwei Maler heraus, die irgendwie engeren Anschluß an das Neue gefunden haben: der alte Mannheimer Professor Schindler und Erich Krause. Besonders mit seiner feinen kleinen Landschaft, die ohne aufmerksames Studium der Bilder Gatzannes nicht zu denken ist, stellt sich Krause auf neueren Boden.

Eine Reihe Bildbauerarbeiten unterbricht die Gleichförmigkeit der Bilderwände. Von dem Entwurf für ein Tragenerdenmal von Professor Holz, das an die schönsten Zeiten Gustav Eberleins erinnert, bis zu der modisch stilisierten Majolikabüste Karl Gatzers und den sehr schönen Malletten Professor Sauters führt ein weiter Weg, dessen Mitte die Arbeiten von Föhr, Bing und Rander halten. — Unter den graphischen Arbeiten seien nur die von Adolf Schinnerer erwähnt, der als auswärtiges Mitglied des Karlsruher Künstlerbundes sich in München einen guten Namen geschaffen hat.

Gute Aufnahme des „Hosenkavalier“ in Paris. Die Erstaufführung am Freitag abend bestätigte die gute Aufnahme, die das Werk anlässlich der Generalprobe gefunden hatte. Das Premierenpublikum bereitete der musikalischen Komödie eine Aufnahme, die sich zu wachsendem Erfolg für das Orchester und die Darsteller, in erster Linie aber über den Komponisten gestaltete. Das Premierenpublikum hat damit bewiesen, daß es sich bei seiner Beurteilung ferngehalten hat von politischen Erwägungen, von denen mehrere Kritiker maßgebender Pariser Blätter sich leider nicht fernzuhalten konnten.

Die Berufung im Faulhaber-Supperg-Prozess verurteilt. Der Straffenrat des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg hat die Berufung des Schriftstellers Supperg in Hamburg gegen das Erkenntnis der Hamburger Strafkammer vom 10. Nov. 1926, durch das er wegen Beleidigung des Münchener Kardinals Faulhaber zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, verworfen.

Die dritte Tagung des Zentralratkomitees der Sowjetunion wurde in Moskau vom Präsidenten der uzbekischen Republik, Ruffabetow, eröffnet, der erklärte, daß die Volkswirtschaft der Sowjetunion auf allen Gebieten das vorwiegendste Niveau erreicht habe. Die Aufmerksamkeit der Regierung wende sich vor allem der weiteren Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus zu.

800-Jahrfeier der Marienburg. Die als eine der mächtigsten gelegenen Burgen des Mittelalters bekannte Marienburg bei Sullay mit den Ruinen des ehem. Augustinerinnenklosters kann in diesem Jahre ihre 800-Jahrfeier begehen. Aus diesem Anlaß sind besondere Festlichkeiten geplant.

## Badischer Teil

### Die Autostraße Hamburg—Frankfurt—Basel—Mailand

Die große Konferenz zur Besprechung der Frage der Schaffung eines schweizerischen Teilstücks der internationalen Autostraße Hamburg—Frankfurt—Basel—Mailand wurde am Montag vormittag in Basel eröffnet durch Regierungsrat Bent, der die Vertreter der eidgenössischen und kantonalen Verkehrsanstalten, sowie Vertreter der Behörden usw. willkommen hieß. Unter den Anwesenden waren auch die verschiedenen Konsulate vertreten. So waren erschienen der deutsche Generalkonsul Förster und der italienische Generalkonsul Tamburini. Regierungsrat Bent betonte, daß es sich nach seiner Ansicht heute noch nicht darum handeln könne, abschließend über die Frage der Einmündung Beschlüsse zu fassen; es sei aber zu hoffen, daß in Wäde eine Einigung erzielt werde, um so mehr, als die Gefahr einer Umfahrung der Schweiz durch eine Autostraße Berlin—München—Lyon—Rom nicht von der Hand zu weisen sei.

Als erster Referent verbreitete sich Ingenieur Furicelli, Mailand über den Bau von Autostraßen im allgemeinen, deren Wirtschaftlichkeit und deren technische Beschaffenheit. Die Autostraßen müßten so beschaffen sein, daß sie den Automobilen bei der möglichst erhöhten Geschwindigkeit vermehrte Sicherheit böten. Bei der Schaffung von Autostraßen sollte man vornehmlich sich auf die private Initiative einstellen, da damit eine vermehrte Garantie der Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen verbunden sei.

Prof. Oden-Hannover berichtete über den Stand der Entwicklungsgeschichte des Vorjubiläums zu einer Autostraße in Deutschland, wobei er vornehmlich auf die Ziele und Arbeitsweise der in Frankfurt a. M. gegründeten Ostropa einging. Er wies darauf hin, daß die Gründung der Ostropa bereits die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft Berlin—München—Rom zur Folge hatte. Neben der Entwicklung des deutschen Straßennetzes für Autozwecke, verfolge die Ostropa in erster Linie den Bau einer autostrada, internationalen Verkehrsstraße Nord-Süd und damit den Anschluß an das europäische Verkehrsnetz.

Den schweizerischen Standpunkt vertrat Prof. Andreae, Zürich, der eine interessante Parallele mit jener Zeit zog, welche der Schaffung der Gotthardbahnlinie vorausging. Er verwies auch auf die Wichtigkeit der Konzentrierung der Bundesbahnen. Als erste Etappe der Bewirkung des Planes betrachtete er den Ausbau und die Verbesserung der bestehenden Straßen, so daß er später die eigentliche Autostraße oder Teilstücke dazu beschaffen würden. Prof. Andreae streifte auch kurz die Frage der Linienführung, ob über den Gotthard oder über den Simplon, ohne sich für das eine oder für das andere Projekt auszusprechen. Nachdrücklich warnte er aber vor einer zu weit gehenden Berücksichtigung lokaler Interessen zum Schaden des ganzen. Seine Ausführungen schloß er in folgenden 5 Punkten zusammen, welche dann als Grundlage für die für diesen Plan zu schaffende schweizerische Studienkommission dienen könnten: 1. Studium der einzelnen Projekte, 2. Untersuchung der wirtschaftlichen Fragen dieses Problems unter Mitwirkung der eidgenössischen Kantonsverwaltung, der Bundesbahnen usw., 3. Prüfung der politischen und rechtlichen Grundlagen, 4. Aufstellung eines allgemeinen Straßennetzprogramms für die verschiedenen Randteile, 5. die Vereinigung der Kantone, Gemeinden, Vereine usw. zum gemeinsamen Vorgehen.

Daran schloß sich eine kurze Diskussion, die der Vorsitzende, Regierungsrat Bent, mit dem Vorschlag einleitete, zwecks Förderung des Projektes des schweizerischen Teilstücks der internationalen Autostraße zunächst eine Studiengesellschaft zu gründen und zur weiteren Aufklärung der Frage nach allen Seiten hin einen provisorischen Ausschuss zu bestellen. Der Vorsitzende nahm für die Badische Regierung des Recht in Anspruch an die Regierungen der Kantone Bern und Zürich mit der Bitte heranzutreten, für den provisorischen Ausschuss ihre Vertreter zu bestimmen, sowie einen derartigen Ausschuss zu gegebener Zeit einzuberufen.

### Warnung vor Betrüger mit Anzugstoffen und Wäsche

In letzter Zeit sind in mehreren Orten Badens Betrüger aufgetreten, die angeblich mit Auto vorfahren und billige Wäsche anbieten, z. B. ein Handtuch für 20 Rfg. usw. Sie nehmen dann größere Bestellungen an und versprechen Lieferung innerhalb 8 Tagen. Zuletzt bringen sie Anzugstoff im Stoff vor, für die sie (ca. 4 Anzüge) 360 Rf. verlangen. Sie lassen sich mit sich handeln und gehen im Preise bis zu 160 Rf. herunter. Wäsche liefern sie überhaupt nicht, die verkauften Anzugstoffe sind minderwertig und kaum die Hälfte des Kaufpreises wert; auch stimmen die angegebenen Maße nicht. Die Schwindler geben an, daß es sich um echt englische Ware handle und daß sie die Ware nur der Geldnot wegen so billig abgeben würden. Einer dieser Schwindler spricht angeblich nur englisch, während der zweite (angeblich Rheinländer) mit den Käufern verhandelt.

Personenbeschreibung der Betrüger: (Engländer) 1,65 bis 1,67 Meter groß, ca. 30 Jahre alt, schlank, vermutlich kleines Schnurrbartchen, längliches blaßes Gesicht, lange Nase, gelblicher Mantel, Raucherhut und große Hornbrille, sprach englisch. (Rheinländer): ca. 35 Jahre alt, 1,70 Meter groß, kleines Bartchen, längliches mageres Gesicht, lange Nase, rheinländischer Dialekt, dunkelblauer Mantel, vermutlich Wäde.

Vor diesen Betrüger wird gewarnt. Es wird gebeten, bei Auftreten die Polizei oder Gendarmen zu verständigen und sich auch die Erkennungszeichen des Autos zu merken. Sachdienliche Mitteilungen nimmt das Badische Landespolizeamt in Karlsruhe entgegen.

## Verband badischer Gemeinden

Der Verbandsvorstand besaßte sich — wie uns geschrieben wird — in seiner Sitzung vom 12. Februar 1927 in Karlsruhe mit verschiedenen Gemeindefragen, insbesondere über das Verlangen nach Zulassung der Frauen zum selbständigen Bürgergenuß, die der Vorstand abzulehnen beantragt; über die Aufwertung der Einkaufsgelder in den Bürgergenuß, die trotz der ablehnenden Haltung der Regierung für notwendig erachtet wird; über die von den Städten geforderte Einführung der Gebäudeversicherung in der Gebäudeversicherung, die als ungerechtfertigt bezeichnet wird, weil der Verwaltungsaufwand ungleich höher zu stehen käme als die Ersparnisse, abgesehen davon, daß die groß-gewerblichen und industriellen Betriebe der Städte mit dem 4- und 5fachen Betrag der Gebäudeversicherungsumlage herangezogen werden müßten, so daß im ganzen wohl keine Entlastung der Städte, sondern eher eine Mehrbelastung eintreten würde; über die Beteiligung der Gemeinden an der Gesehgebung, die für wünschenswert erachtet wird; über die Höhe der Feldbereinigungslofen (Bereinigungslofen), die teilweise vom Staat getragen werden sollten, um die Unternehmungen durchzuführen zu können; über die Beteiligung der Gemeinden an der Kraftfahrzeugsteuer, die abermals verlangt werden soll; über die Änderung des Straßengesetzes, die sich wegen zu starker Belastung der Gemeinden mit Straßentlofenbeiträgen nicht mehr länger verschoben läßt; über den Entwurf eines badischen Wohlfahrtspflegegesetzes, der im Benehmen mit den Städteverbänden weiter behandelt werden soll; über den Entwurf eines Arbeitspflegegesetzes, der die Wünsche der Landbevölkerung in Gemeinden über 2000 Einwohner bezugl. des Landbeschlusses nicht genügend berücksichtigt; über die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes, die im Mai 1927 in Mittelbaden stattfinden soll.

Sodann kam das gegen den Verbandsvorstehenden, Bürgermeister Menges in Herndbach, auf Grund von anonymen Anzeigen eingeleitete Verfahren zur Verhandlung. Nach Prüfung der Anschuldigungen an Hand der attestmäßigen Unterlagen hat sich der Verbandsvorstand davon überzeugt, daß irgend eine Handlung, die eine schlechte Gesinnung verrät oder ehrenrührig ist, durchaus nicht vorliegt. Er beanstandet deshalb einmütig die Art der Behandlung des sehr verdienstlichen Verbandsvorstehenden, bebauert sie im Interesse seines Ansehens außerordentlich und spricht ihm das vollste Vertrauen aus.

## Eine Konferenz der Bodenseeuferstaaten

Am 26. April findet in St. Gallen eine Konferenz von Delegierten der Uferstaaten des Bodensees, Untersees und des Rheins statt, die sich mit einer Währungs- und Ergänzung der internationalen Schifffahrts- und Hafenordnung und den Grundsätzen über die Erteilung von Schifferpatenten zu beschäftigen haben wird. An dieser Konferenz werden teilnehmen die Schweiz, Baden, Bayern, Württemberg und Österreich.

## Tagungen

Der Verein für Deutschstum im Ausland hält vom 3. bis 7. Juni ds. J. seine 46. Hauptversammlung in Freiburg i. Br. ab. Man rechnet mit einer Beteiligung von etwa 15 000 Besuchern. Am Freitag, den 8. Juni beginnen die einleitenden Tagungen, die am Samstag fortgesetzt werden und an diesem Tage die Hauptversammlung bringen. Der Sonntag ist mit einem Festgottesdienst, einem Gefangenschaftsfest, einem Festzug und Volksfest ausgefüllt, während am Montag Jugendbesprechung und am Abend ein Fackelzug stattfinden. Der eigentliche Festtag mit der Verleihung der Fahnenbänder wird am Sonntag auf dem Münsterplatz vor dem Rathaus vor sich gehen.

## Jugendherbergen und Handwerk

Von Herbert Herzwig, Karlsruhe, Zweigausschuß Baden für deutsche Jugendherbergen.

Die badischen Jugendherbergen haben in Reichenbach im Odenwald, in Heblingen am Bodensee, und auf dem Schöberg bei Ottenhöfen drei Eigenheime errichtet, welche als Jugendwänder- und Ferienheime der wandernden Jugend aus allen Kreisen und Schichten unseres Volkes zur Rast und Erholung dienen sollen. Besonders aber sollen sie der wertvollen Jugend aus Handel, Industrie und Handwerk Erholung und Ausspannung von ihrer Berufsarbeit geben. Sie erfüllen hiermit eine große soziale Aufgabe, welche im Interesse der Erhaltung unserer Volksgesundheit und der Arbeitskraft von größter Wichtigkeit ist. Aber auch in volkswirtschaftlichem Sinne gedacht, ist ihnen eine große Bedeutung zuzumessen. In einer Zeit der größten wirtschaftlichen Not haben die badischen Jugendherbergen ihre mühsam gesammelten und erworbenen Gelder zum Erwerb bezw. Bau dieser Eigenheime freigegeben u. dadurch eine Summe von ca. 80 000 Rf. unter einen großen Teil des badischen Handwerks gebracht. Dem Fachmann, wie dem Laien ist es bekannt, daß bei einem Neubau eine große Anzahl von Handwerkern aller Berufsgrade beschäftigt ist, denn von den ersten Grabarbeiten bis zur fertigen Einrichtung eines solchen Ferienheimes ist ein weiter Weg. Sind doch jedesmal ca. 80 verschiedene Firmen und Berufsgruppen an der Errichtung eines Hauses beteiligt gewesen. Die Tiefbauunternehmer, Maurer, Dachdecker, Zimmerleute, Steinhauer, Schmiede, Schlosser, Installateure, Elektriker, Särainer, Gipser, Maler, Glaser, sowie die Lieferanten der Baumaterialien, wie Bausteine, Dachziegel, Gips und Zement, Holz usw., sie alle haben Arbeit und Absatz und somit Verdienst und Brot gefunden. Dazu kommen noch die Arbeiten der Ausstattung eines solchen Heimes, wie die Einrichtung der nicht kleinen Beleuchtungsanlage, der Wasch- und Duschräume, des Zagesraumes, der Schlaf- und Gästezimmer mit ca. 50 Betten, ein großer Herd für die Küche, Ofen für die Zimmer, Vorhänge für die vielen Fenster, Wandständer und vieles andere mehr. Nach Beendigung des Baues eines solchen Hauses ergeben sich andere Verdienstmöglichkeiten für das Handwerk, die dann von Dauer sind. Die Instandhaltung des Hauses, der Einrichtung und des Gerätes werden noch oft den Handwerkern auf den Plan rufen. Rechnet man doch auch in den Heimen mit einem monatlichen Besuch von ca. 3000 bis 5000 Gästen, welche auch für ihren Leib Nahrung und Trank brauchen. Der Bäcker, der Metzger und der Gemüsehändler werden dabei nicht leer ausgehen. Denkt man dabei noch an die Fremdenindustrie, welche durch den Verkauf von Postkarten und Andenken reichen Absatz findet, so zeigt sich deutlich, wie weit sich das Jugendwandern in dem Wirtschaftsleben unseres Volkes auswirkt.

Es kann daher nur im eigenen Interesse des Unternehmertums in Industrie, Handel u. Handwerk sein, wenn es das bad. Jugendherbergsnetz tatkräftig unterstützt u. somit an dem sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg unseres Volkes mitwirkt.

## Gemeinde-Rundscha

Teilnahme schulpflichtiger Kinder an Fastnachtsbelustigungen. Der Stadtschulrat der Stadt Bruchsal beröfentlicht im Namen der Leiter sämtlicher Bruchsaler Schulen im Anzeigenteil der Bruchsaler Tagesblätter folgende sehr beherzigenswerte Mahnung: „Wir sehen uns veranlaßt, im Hinblick auf die nun stattfindenden Fastnachtsveranstaltungen die Elternschaft u. die Vereinsvorstände eingetraglich darauf hinzuweisen, daß die Teilnahme schulpflichtiger Kinder an den abendlichen Fastnachtsbelustigungen keineswegs im Sinne einer erfolgsversprechenden Erziehung liegt. Wir haben zu den Eltern und Fürsorgern, sowie zu den Vereinsleitungen das Vertrauen, daß sie um der Wohlfahrt unserer Jugend willen dieser ernstigen Tatsache Rechnung tragen werden.“

Gemeinbewahl. In Reulshausen fand am Sonntag die Gemeinbewahl statt, nachdem die Wahl vom 14. Nov. 1926, deren Ergebnis angefochten wurde, für ungültig erklärt worden war. Die Sibe im Bürgerausschuß verteilte sich wie folgt: Sozialdemokraten 19 (16), Deutsche Volkspartei 0 (2), Komm. Partei 1 (4), Nationalsozialisten und Bürgerliche Vereinigung 28 (26). Im Gemeinderat erhalten die Sozialdemokraten 2 Sibe, Nationalsozialisten und Bürgerl. Vereinigung 4. Die beiden anderen Listen gehen leer aus.

Die Pforzheimer Stadtratswahl. Die sozialistische Beschwerde gegen die Stadtratswahl in Pforzheim wurde bekanntlich vom Landesbestimmungsamt abgewiesen. Daraufhin erhob Stv. Graf Klage beim Verwaltungsgerichtshof. In dieser Sache ist der Verhandlungstermin auf den 22. Februar angesetzt.

Der Bürgerausschuß Ettlingen nahm einstimmig eine Vorlage an betr. Baudarlehen für 1927, für welche 150 000 Rf. hypothekarisch gesicherte Gelder zur Verfügung gestellt werden, die mit 2 Proz. zu verzinsen und mit 3 Proz. zu amortisieren sind. Zinszuschläge werden bis 1. April 1927 insofern gewährt, als für Darlehen 5 Proz., höchstens jedoch 8 Proz. zu bezahlen sind. Den zweiten Beratungsgegenstand betraf die Erfüllung des ersten Abschnittes der Kanalisation. Diese gilt als Notstandsarbeit für einen großen Teil der 400 Erwerbslofen. Der Kostenaufwand beträgt rund 240 000 Rf., welche bis zu 210 000 Rf. aus öffentlichen Darlehen bzw. allgemeinen Anlehensmitteln befristet werden. Nach hartem Kampfe wurde die Vorlage mit 43 gegen 27 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen und die Liberale Volkspartei, die demokratische Fraktion, sowie der größte Teil der Zentrumsfraktion. Der dritte Punkt betraf den Gaslieferungsvertrag mit der Stadt Karlsruhe, wonach das Ettlinger Gaswerk stillgelegt und das Ortsgasnetz Ettlingen durch eine Hochdruckgasleitung über den Vorort Rippurr nach Karlsruhe angeschlossen werden soll. Es handelt sich hier um eine Ferngasversorgung. Der Vertrag läuft auf 40 Jahre. Nach kurzer unentschiedener Debatte wurde dieser Gasvertrag einstimmig in nicht öffentlicher Sitzung angenommen.

Ein Gesellschaftshaus in Bad Dürkheim. Der für den Kurort längst notwendig gewordene Bau eines Gesellschaftshauses soll nunmehr in Fluß kommen. Zum Bau mit gleichzeitiger Erstellung einer Festhalle überläßt der Gemeinderat dem Kurverein ein unverzinsliches, sich selbst ablösendes Darlehen von 36 000 Rf. Da der Kurverein jetzt über 80 000 Rf. Bargeld verfügt, wünscht der Gemeinderat, daß dieses Jahr mit dem Bau begonnen wird.

## Aus der Landeshauptstadt

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. „Die Wallfahrt eines Herzogs“ betitelt sich der zweite Teil des großen Filmepos nach dem Roman „Jerusalem“ von Selma Lagerlöf. Der Film führt uns abwechselnd in das heilige Land Palästina, wie nach der nordischen Heimat der Romanhelden. In pal. Tender Weise wird uns die Treue zum Heimatboden einerseits und der Zug des Herzogs andererseits veranschaulicht. Die hervorragende Aufnahme und die ausgezeichnete Darstellung festeln den Zuschauer. Am den zweiten Teil als geschlossenen Film vorzuführen, sind aus dem ersten Teil einige Szenen übernommen, so daß der Zuschauer ein klares Bild von dem Inhalt des Ganzen erhält. — Ein wohlgelegener Beifilm löst den tragischen Ausgang des vorigen Filmes in humorvoller Weise ab. Wir bewundern die herrlichen Landschaftsaufnahmen des Alpengebietes im Winterkleide. Alt und Jung erfreut sich am Wintersport. Eine reizende Handlung ist in den Film eingeflochten, eine Hochzeit im Schnee bildet den Abschluß.

Badisches Landestheater. Shakespeares Lustspiel „Wie es euch gefällt“ geht am Mittwoch, den 16. Februar um fünftenmal in Szene. Am Samstag, den 19. Februar, gelangt Restroys neuentdeckte Gefangenspiele „Einen Jux will er sich machen“ zur dritten Aufführung. — Im Konzerthaus geht am Sonntag, den 20. Februar, der drahtliche Schwan „Singspiel“ von Arnold und Bach zum drittenmal in Szene. — Als nächste Erstaufführung befindet sich Friß von Anrups neues Drama „Bonaparte“ für Donnerstag, den 24. Februar, in Vorbereitung. — Die Uraufführung von Arthur Kupferers dreitägiger Oper „Der kleine Hans“, wird bestimmt am 17. Februar sein. Am 18. geht Ruccinis Oper „Die Bohème“ in Szene. Am Sonntag, den 20. wird eine der erfolgreichsten Einstudierungen der letzten Spielzeit „Die Hebräer“ wieder in den Spielplan aufgenommen und zwar unter musikalischer Leitung von Josef Krüps und unter szenischer Leitung von Otto Krauß. Nachmittags 3 Uhr ist zu ermäßigten Preisen „Puppenfee“ und „Alein Idas Blumen“.

Colosseum-Neubau. Wie aus dem Infertententent ersichtlich, gastiert vom 16. ab auf nur 13 Tage im Colosseum eine unserer größten und an Qualität besten reisenden Revuen „Die bunte Tüte“, die in allen den größten Städten absolvierten Engagements die größten Erfolge erzielt. Einen ganz besonderen Anreiz für Karlsruhe bildet die Original Berliner Besetzung, die 20 entzückenden Girls, sowie die Original-Tanzattraktion vom Jolie Bergère in Paris. Sämtliche Kostüme stammen aus ersten Ateliers des In- und Auslandes und sind neuesten Datums, ebenso wie die originelle Bühnenaussstattung.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Nachdem Baden gestern tagsüber noch vorwiegend heiteres Wetter hatte, brachte über Nacht die über die ruhenden Kaltluftmassen des kontinentalen Hochdruckgebietes aufgleitende Warmluft der atlantischen Zykone allenthalben Niederschläge. Im Gebirge fiel etwa 5 Zentimeter Neuschnee. Heute Morgen liegt über ganz Baden eine Schneebedecke. Im südlichen Schwarzwald schneit es weiter. Hoher Druck liegt noch immer über dem Festlande und verhindert das Abgleiten der warmen zylonaren Südwestströmung auf unser Gebiet. Der Feuchtigkeitsgehalt der Luftmassen des Hochs hat doch erheblich zugenommen, so daß bei uns nunmehr mit wolkeigem Wetter zu rechnen ist. Nennenswerte Niederschläge stehen noch nicht bevor. — Voraussichtl. Witterung für 16. Februar: wolkeig, Gebirge leichter Frost. Ohne einige Bärmegede, sonst keine nennenswerten Niederschläge.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Mannheim, 16. Febr. In Heidersheim starb dieser Tage Schwester Ignatia im Alter von 80 Jahren. Mit 20 Jahren nahm sie den Schleier im Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz in Straßburg. Sie hat auf den Schlachtfeldern und in den Lazareten 1870/71 die Verwundeten gepflegt und entfaltete später eine segensreiche Tätigkeit an verschiedenen Orten des badischen Landes. In jungen Jahren wurde sie zur Oberin im katholischen Gefellenhaus in Mannheim berufen, später leitete sie das große Kreiskrankenhaus in Gießen und schließlich das Städtische Krankenhaus in Offenbach.

Bad. Heidelberg, 14. Febr. Heute morgen registrierte der Seismograph der Landessternwarte ein ziemlich starkes Erdbeben, mit einer Entfernung von nur 1000 Kilometern. Die ersten Wellen kamen um 4.45.35, das Maximum fiel auf 4.49.4. Die Bewegung erfolgte um 5.05.

Bad. Heidelberg, 14. Febr. Die Eröffnung des Benediktinerklosters Neuburg wird nach Ostern offiziell erfolgen. Vorläufig sind in dem Kloster drei Pater untergebracht und einige Laienbrüder. Unter den Pater befinden sich ein Pater, ein Goldschmied und Organist und ein in der Geflügelzucht wissenschaftlich vorgebildeter Fachmann. Die Benediktiner wollen die Geflügelzucht auf wissenschaftlicher Grundlage in großem Ausmaße betreiben.

Bad. Heidelberg, 14. Febr. Der Ausschuss zum Schutze des Neckarflusses und der Alten Brücke in Heidelberg hat an den Reichsverkehrsminister ein Telegramm geschickt, in dem nach Vollendung der Dampfschiffahrtsstraße Mannheim-Heidelberg, Siltentung des Kanalbaues gefordert wird, bis hier und anderwärts Erfahrungen über den verkehrspolitischen Wert solcher künstlichen Schleusenkanäle gesammelt wird.

Bad. Limbach H. Buchen, 15. Febr. Am Pfingstmontag soll hier das 500jährige Bestehen der Pfarrei Limbach feierlich begangen werden. Damit verbunden wird auch das 50jährige Jubiläum des hiesigen Gefangenenvereins.

Bad. Salmersheim A. Mosbach, 15. Febr. Zum ersten Male nach dem Kriege wird hier wieder die bekannte Salmerschule in zwei Kurzen abgehalten. Die Unterstufe wird von acht, die obere Stufe von zehn Schülern besucht.

Bad. Durlach, 15. Febr. Die hier stattfindende Saatgut- und Kartoffelausstellung hat im engen Rahmen ein ausgezeichnetes Bild landwirtschaftlicher Erzeugnisse und ein reiches Lager allerhand landw. Maschinen und Geräte. Bei der Prämierung erhielten: Die vergoldete Medaille G. Bierling, Reubaus; Mandener Futterfabrikantenverein; Arbeitsgemeinschaft Alfr. Augeme; Saatgutbankanstalt Mosbach. Außerdem kam noch eine hohe Bronzenmedaille zur Verteilung.

Bad. Dalsingen, 14. Febr. Vom Landwirtschaftlichen Bezirksverein Dalsingen wurde hier gestern eine Musterung naturreiner Weine von 1926 aus dem Markgräflerland mit anschließender Prämierung vorgenommen, seit 1911 die erste derartige Weinprüfung in dieser Gegend. Es waren 50 verschiedene Weine aus ersten Lagen, 28 Weinsorten aus zweiter Lage vorhanden. Den ersten Preis der ersten Lage erhielt Währer-Ollinger für Ollinger, den ersten Preis der zweiten Lage Fritz Burgin-Schirch für Kirchner. Im Rahmen der Veranstaltung hielt Weinbau-Inspektor Dümmler vom Badischen Weinbauinstitut einen Vortrag über Weinanbaufragen und die damit zusammenhängenden Fragen.

Bad. Freiburg, 14. Febr. Die Ortsgruppe Freiburg des Reichsbanners hat in ihrer Generalversammlung eine Entschließung gefaßt, in der die Ortsgruppe dem Reichskanzler Dr. Brüning die Versicherung treuer Gefolgschaft in seinem weiteren Kampfe für Festigung der republikanischen Staatsform und Sicherung ihres Inhalts gemäß der Weimarer Verfassung übermitteln.

Bad. Durlach, 14. Febr. Heute vormittag wurde hier der 18 Jahre alte Schüler Bekler von der Gendarmerie in Haft genommen, weil er dringend verdächtig war, das Anwesen des Landwirts Stephan Mülle in Durlach-Sendelbach in Brand gesteckt zu haben. Der Knabe war bei Mülle in Pflege genommen worden. Er wurde sogleich nach Offenbach überführt. Bei der Vernehmung gestand der Knabe die Tat in vollem Umfang ein.

Verschiedenes

Rebel in Berlin

Bad. Berlin, 15. Febr. (Tel.) In Berlin herrscht heute vormittag ungewöhnlich bitterer Nebel, der sich besonders in den Außenbezirken der Stadt fühlbar bemerkbar macht. Aber auch im Stadtkern wirkt sich der Nebel insofern aus als alle Verkehrsmittel nur langsam und beleuchtet verkehren können. Auch die Geschäfte haben ihre Schaufenster wie am Abend erleuchtet.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (15. Februar), and exchange rates (Geld, Brief).

Zusammenschluß der deutschen Automobilindustrie? Die Gerüchte über einen weiteren Zusammenschluß der deutschen Automobilindustrie, wobei namentlich Daimler-Benz angezogen werden, haben sich trotz amtlicher Dementis auf der Mannheimer Börse weiterhin behauptet. Auf Erteilung der neuen „Mannh. Hg.“ an zuständiger Stelle kann sie noch mehr die Haltlosigkeit derartigen Gerüchte feststellen. Ein Grund für die Kurssteigerung dürfte vielleicht in der Gesamtsituation der Werte liegen, die sich nach den Erfindungen wesentlich gehoben hat.

Maßnahmen für die Filmindustrie? Zu Gerüchten über Maßnahmen der öffentlichen Hand zugunsten der „Ufa“ hört die „Tägl. Rundsch.“, daß es sich dabei nicht um die „Ufa“ allein handelt, sondern, daß eine Aktion der Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie vorliegt. Es schweben Verhandlungen darüber, wie eine Änderung der Luftverkehrssteuer erfolgen und außerdem Exportkredite ermöglicht werden sollen.

Süddeutsche Zuder A.-G. Vom 15. Februar ab wird die Notierung der Aktien der Zuderfabriken Frankenthal und Waghäusel an der Mannheimer Börse eingestellt und dafür werden Aktien der Süddeutschen Zuder A.-G. zur Notierung gebracht.

Staatsanzeiger

Apothek in Königsfeld, Amt Billingen

Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Königsfeld, Amt Billingen, die durch Verzicht des bisherigen Inhabers erledigt ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind unter Vorlage der vorgeschriebenen Nachweise (vgl. Bekanntmachung vom 6. Januar 1927, Apotheke in Köffingen, Staatsanzeiger vom 7. Januar 1927 Nr. 5) binnen vier Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 12. Februar 1927. Der Minister des Innern Kemmle

Bekanntmachung

Die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber durch die Stadt Pforzheim

Der Stadt Pforzheim ist durch Entschließung vom heutigen im Einvernehmen mit den Ministerien der Finanzen und der Justiz die Genehmigung zur Ausgabe von zu 6 Prozent verzinslichen Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 6 000 000 RM.

Sechs Millionen Reichsmark — sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinscheine erteilt worden.

Karlsruhe, den 14. Februar 1927. Der Minister des Innern S. v. Höhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernennung: Der ordentliche Professor Dr. Rudolf Pfeiffer an der Universität Hamburg zum ordentlichen Professor für Klassische Philologie an der Universität Freiburg und zum Direktor des dortigen Seminars für Klassische Philologie, der ordentliche Professor für Frauenheilkunde an der Akademie für praktische Medizin in Düsseldorf Dr. Otto Pawlow an der ordentlichen Professor der Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität Freiburg und zum Direktor der Universitäts-frauenklinik daselbst.

Gefördert: Kriminalinspektor Josef Deng in Freiburg.

COLOSSEUM Ab 16. Februar täglich 8 Uhr Gastspiel des Berliner Apollotheaters mit der Ausstattungs-Revue „Die bunte Tüte“ in ihrer Original Berliner Besetzung.

Das Staatshandbuch für Baden erscheint in Kürze in neuer Ausgabe zum ersten Male wieder seit 14 Jahren. Herausgegeben im Auftrage des Badischen Staatsministeriums enthält dieses bekannte und maßgebende Nachschlagewerk alle badischen Behörden mit namentlicher Angabe aller Staatsbeamten von Gruppe I ab, sowie alle in Baden befindlichen oder für Baden maßgebenden Reichsbehörden mit ihren Beamten.

Gemeinde-Sparkasse Nußloch. Bilanz auf 31. Dezember 1925. Vermögen: 1. Kassenbestand 9 119.38, 2. Guthaben bei Banken und Girozentralen 4 931.—, 3. Darlehen gegen Bürgschaft 91 431.—, 4. Darlehen gegen Hypothek 75 017.05, 5. Darlehen in laufender Rechnung bei Privatn 21 277.68, 6. Einnahmerückstände 5 526.28, 7. Gerätschaften 854.—, Summe 208 456.39.

Berechnung der Rücklage. Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: 8% aus RM 145 671.37 Einlagen RM 7 283.56, Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1925 RM 6 250.85, Somit weniger RM 1 032.71, Nußloch, den 29. Januar 1927. Der Vorsitzende: Bauf. Der Geschäftsleiter: Pfister.

Badisches Landestheater Mittwoch, 16. Februar 1927 \*A 16 Th.-Gem. II. S.-G. Wie es euch gefällt von Shakespeare Musik von Jilcher In Szene gesetzt von Felix Baumbach Musikalische Leitung: Alfons Mischner

Zu vergeben das Verlegen von 2050 Weber Gleis ferner Zusammenbau und Ausbau von verschiedenen Weichen auf Bahnhof Waldshut. Bedingnisliste Arbeitsbeschwerd und Klänge einzufragen auf Zimmer Nr. 7 daselbst auch Abgabe von Verbindungsvordrucken gegen 1 RM. in bar (keine Briefmarken) Versand nach auswärts nur nach vorheriger Einlieferung des Betrages mit Porto für den Vordruck (solange solche vorhanden) Angebote mit der Aufschrift „Waldshut“ sind vorzuschicken Post- und Befreiungsfrei bis Samstag, den 26. ds. Mts., vormittags 10 Uhr bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Waldshut, 12. 2. 1927. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Vorstand der Bahnbauinspektion.

Ludwig Schweisgut Karlsruhe i. B. Erbsenzenstr. 4 beim Rondellplatz Flügel Pianinos 759 Harmoniums Nur beste Fabrikate Sehr mäßige Preise Umtausch alter Klaviers

Nehmt Musikunterricht bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes. Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 68. J. 839, 2. 1. Karlsruhe. Die minderjährigen Kinder Alfred Fellhauer, geb. am 4. Dezember 1920 in Karlsruhe, und Kurt Adolf Fellhauer, geb. am 6. Februar 1922 in Karlsruhe, vertreten durch den Vormund Karl Dörnwächter, Maschinenhändler hier, klagen gegen den Kaufmann Wilhelm Fellhauer, zuletzt wohnhaft in Karlsruhe, unter der Behauptung, daß der Beklagte als Vater der Kläger verpflichtet sei, letzteren anstelle der seitgefallenen Rentenbeträge bis zur Vollendung ihres 16. Lebensjahres als Unterhalt eine im Voraus zu entrichtende Geldrente von vierhundert je 90 RM. zu zahlen. Zur Streitbeilegung wird der Beklagte vor das Badische Amtsgericht in Karlsruhe auf Montag, den 21. März 1927, vorm. 9 Uhr, geladen. Den Klägern wurde das Antragsrecht bewilligt. Gemäß §§ 203 ff. ZPO. wurde die öffentliche Zustellung der Klage erbeten. Terminbestimmung an den Beklagten bewilligt. Karlsruhe, 11. Febr. 27. Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgericht A 6. J. 851. Billingen. Der Verwalter im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Hug & Wöhner, Facondreherei u. Metallwaren in St. Georgen i. Schwarz, hat beantragt, das Verfahren mangels Masse einzustellen. Zur Anhörung über diesen Antrag wird eine Gläubigerversammlung einberufen in das Amtsgericht Billingen, Zimmer Nr. 11 auf: Freitag, den 18. März 1927, vorm. 10 Uhr. Billingen, 12. 2. 1927. Amtsgericht II. Nußloch - Verteilung. Das Bad. Forstamt Schwenningen verteilte